

## AV 10/71 – Ein Mann im Hintergrund

### Der Nachlaß Anton Plenikowskis im MfS-Archiv

Angela Schmole

Bei Recherchen im BStU-Archiv stieß die Verfasserin vor geraumer Zeit auf eine ungewöhnliche Überlieferung, erfaßt unter der Signatur AV 10/71<sup>1</sup>, die eine Zeitspanne von 1919 bis 1971 abdeckt. Dahinter verbergen sich mehrere Ordner aus der MfS-Abteilung zur „Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen“ (HA IX/11) mit unzähligen Briefen, Artikeln, Manuskripten, Reiseberichten, persönlichen Erinnerungen und zahlreichen Notizen, von denen ein Großteil dem Nachlaß Anton Plenikowskis zuzuordnen ist. In den Anfangsjahren der DDR war Anton Plenikowski der maßgebliche Funktionär in der Abteilung Staatliche Verwaltung, zuständig für die Organisation der Regierungsarbeit. Zwei Monate vor der Absetzung seines früheren Förderers Walter Ulbricht starb Plenikowski. Seine Ehefrau wandte sich an die DDR-Geheimpolizei, um Teile seines Nachlasses zu übergeben.

Das angebotene Material stieß beim Staatssicherheitsdienst sogleich auf großes Interesse. Das MfS wollte historische Schriftstücke, Foto- und Filmmaterialien zur Erforschung der „Zeit des Faschismus“ und „vor allem des antifaschistischen Widerstandskampfes, der Kundschaftertätigkeit sowie zur Pflege revolutionärer Traditionen“ aufbewahren.<sup>2</sup> Wie man inzwischen weiß, nutzte das MfS derartige historische Dokumente jedoch auch zu anderen Zwecken: Plenikowskis Nachlaß solle „für die operative Verwendung durch das MfS“ gesichtet und aufbewahrt werden, schlug der Leiter des MfS-Untersuchungsorgans, Oberst Walter Heinitz, im Juni 1971 Minister Mielke vor.<sup>3</sup> Das Material wurde überprüft, statistisch erfaßt und numeriert. Mehrere MfS-Offiziere beschäftigten sich mit der Auswertung der Überlieferung. So entstanden zahlreiche Personenregister zu Manuskripten; Briefe an Plenikowski wurden geordnet und die Adressanten mit Namen und vollständiger Anschrift erfaßt sowie handschriftliche Aufzeichnungen mit Randbemerkungen versehen. Teilweise lagen den Briefen persönliche Erinnerungen und handschriftliche Lebensläufe bei. Zusammen mit weiterem Material entstand somit eine Sammlung von biographischen Skizzen. Ein scheinbar unbedeutender Brief, den Plenikowski im November 1969 erhielt, weckte die Neugierde der MfS-Offiziere. „Lieber Genosse Pleni“, so beginnt der Brief, „zu Deinem 70. Geburtstag auch von mir allerherzlichste Glückwünsche. Vor allem wünsche ich Dir noch lange Jahre voller Kraft und Lebensfreude, um so wie bisher an der schönsten Sache der Welt, dem Aufbau unserer sozialistischen Gesellschaft, mitwirken zu können. Auch Deiner Familie alles Gute. Mit festem Händedruck, Deine Lotte Ulbricht.“<sup>4</sup> Lotte Ulbricht, die First Lady der DDR, zählte in den sechziger Jahren zu den engsten Mitstreiterinnen Anton Plenikowskis und er selbst zu den engsten Vertrauten Willi Stophs.

1 BStU, MfS, HA IX/11 AV 10/71, 15 Bände mit insgesamt 4432 Blatt.

2 Oberst Lothar Stolze (MfS, HA IX/11, Leiter): Jahresarbeitsplan für 1985 vom 10.12.1984; BStU, MfS HA IX 571, Bl. 3–19.

3 Oberst Walter Heinitz (MfS, HA IX, Leiter): Vermerk vom 23.6.1971 zum Nachlaß des Genossen Anton Plenikowski; BStU, MfS AV 10/71, Bd. 1, Bl. 18–22.

4 Brief von Lotte Ulbricht an Anton Plenikowski vom 19.11.1969; BStU, MfS AV 10/71, Bd. 10, Bl. 386.

*Briefe an Anton Plenikowski*

Im März 1946 kehrte Anton Plenikowski aus der schwedischen Emigration in die SBZ zurück. Hier traf er seine KPD-Führungskader wieder und wurde von ihnen in seine neuen Aufgabengebiete eingewiesen. Im Nachlaß AV 10/71 ist dazu eine umfangreiche Briefsammlung überliefert.<sup>5</sup> Der Schriftverkehr Plenikowskis mit seinen Landsleuten aus Danzig in Ost und West reflektiert drei große Themen: Es ging um die politische Arbeit im Danziger Volkstag, um die seit 1930 zunehmende Machtverschiebung zugunsten der NSDAP und die Beweggründe für ihr politisches Handeln in den dreißiger Jahren. In diesem Briefwechsel finden sich zudem Erinnerungen an die Zeit in Danzig vor der Vertreibung sowie zeitgenössische Beschreibungen des Alltags nach der Flucht. Die ehemaligen Danziger versicherten sich – unabhängig von den sich seit 1946 abzeichnenden unterschiedlichen Entwicklungen der Lebensverhältnisse in West und Ost – der gegenseitigen Hilfe. Lange Zeit verband sie über die Grenzen der Besatzungszonen hinweg die gemeinsame Hoffnung, eines Tages in die verlorene Heimat zurückkehren zu können. In den fünfziger Jahren ahnten schon viele Danziger in der Bundesrepublik, daß dies nur ein Wunsch bleiben würde. In der SBZ/DDR war dieses Thema offiziell tabu.<sup>6</sup> Plenikowski war *der* Ansprechpartner für diese Gruppe der Vertriebenen. In seinen Briefen versuchte er seinen Landsleuten zu erklären, warum der Verlust ihrer Heimat endgültig war. Wenngleich die Äußerungen in diesen Briefen nur skizzenhaft sind, so sind sie doch als Quelle bedeutsam. Denn sie ermöglichen einen Einblick in die Gedankenwelt ihrer Verfasser, die sich aus Partei- und Staatsdokumenten nicht rekonstruieren läßt. Sie zeigen außerdem erste Versuche des SED-Regimes, an die Sehnsucht der Vertriebenen nach heimatlicher Geborgenheit anzuknüpfen und diese für die Förderung einer sozialistischen Heimatliebe zu instrumentalisieren. Die in den Briefen frühzeitig geäußerten Befürchtungen über eine mögliche Ost-West-Spaltung der Danziger Gruppe sowie Ansätze zur Bildung von Interessenorganisationen, wie zum Beispiel dem „Bund der Danziger“, dürften Plenikowski alarmiert haben. Diese Konstellation beschrieb der Danziger Edgar Ferlau in einem Brief an seinen Landsmann Franz Müller im Januar 1948: „Sehr geehrter Herr Dr. Müller, [...] Durch ihre freundliche Vermittlung kam im Dezember zwischen Herrn Plenikowski und mir eine Unterredung hinsichtlich der künftigen Gestaltung der Zusammenkünfte der Danziger Landsleute zustande. Herr Plenikowski hatte hierbei einige persönliche Wünsche in bezug auf die Art der Zusammenkünfte [...]. Dieses lag durchaus in meinem Sinn, da ich selbst schon früher darauf hingewiesen habe, daß [...] alles Politische vermieden werden muß. [...] Seit einiger Zeit sind jedenfalls Bestrebungen im Gange, die darauf schließen lassen, daß meinen Bestrebungen entgegengearbeitet wird. Vor 14 Tagen [...] wurde von Herrn Giessow [...] zu einer Zusammenkunft der Danziger in der *Hundekehle* eingeladen. Hierzu durften nur diejenigen erscheinen, die auf einer besonderen Liste sich unterzeichnet hatten. [...] Gleichzeitig kündigte Giessow an, daß nun wohl eine Spaltung der Landsleute eintreten würde. [...] Am letzten Mittwoch ereignete sich nun Folgendes: Amtsgerichtsrat Dommer griff mich [...] in unsachlicher Weise an. Er [...] forderte auf, dieser Veranstaltung fernzubleiben. [...] Weiter ist Dommer bestimmt nicht von anderen Landsleuten zu seinen Ausführungen ermächtigt worden, es sei denn, er meint die Clique, die die Spaltung betreibt [...]. Es ist damit zu rechnen, daß die Störversuche sich auch künftig fortsetzen werden

5 BStU, MfS, AV 10/71, Bd. 3A und Bd. 10.

6 Vgl. Schwartz, Michael: Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“ Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. München 2004.

[. . .]. Ich gebe Ihnen hiervon Kenntnis und bitte Sie, auch Herrn Plenikowski hiervon zu unterrichten. Mit freundlichem Gruß, Edgar Ferlau.“<sup>7</sup>

In Briefen an Plenikowski wurde häufig von früheren Kampfgefährten aus Danzig die Frage gestellt, wie man in der DDR als Widerstandskämpfer anerkannt werde.<sup>8</sup> Die ersten Organisationen der Verfolgten des NS-Regimes (OdF und VVN) waren früh aufgelöst und Anfang 1953 durch das „Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer“ ersetzt worden. Wer von diesem Komitee anerkannt wurde, erhielt eine Reihe von Vergünstigungen. Plenikowski half vielen, ihm aus der Danziger Zeit bekannten Briefeschreibern, sich im Sinne des Komitees zu legitimieren. So heißt es in einem Brief: „Lieber Erich! Die Genossen des ZK sind erneut an mich herangetreten, um anzufragen, ob ich einen früheren Genossen aus Marienburg kenne. [. . .] Die von ihm gemachten Angaben scheinen der Wahrheit zu entsprechen. Vor allen Dingen kann ziemlich glaubwürdig von ihm nachgewiesen werden, daß seine Frau seine Parteipapiere (sein Parteibuch) bis nach 1945 aufbewahrt hatte. Als er 1947 nach Polen kam, trat er sofort der Partei bei und hat dabei sein Parteibuch abgegeben. Was daraus geworden ist, weiß ich nicht. Aber Du kennst ja auch die Verhältnisse nach 1945 in Polen.“<sup>9</sup>

### *Plenikowski als Kommunist in Danzig*

Anton Plenikowski arbeitete in Danzig als Lehrer und engagierte sich zunächst in der SPD, später in der KPD.<sup>10</sup> Er wurde am 19. November 1899 in Zoppot bei Danzig (Gdansk) als viertes Kind des Katholiken Jakob Plenikowski geboren. Noch vor seinem 15. Lebensjahr sollte er eine Ausbildung beginnen. Er besuchte die Präparandenanstalt und das Lehrerseminar in Danzig-Langfuhr. Seit 1917 diente er als Soldat seinem Vaterland. Schwer verwundet kehrte er nach Danzig zurück und wurde in der Revolution von 1918 zum Mitglied des Breslauer Arbeiter- und Soldatenrates gewählt. Im Jahre 1920 nahm Plenikowski seine Berufslaufbahn als Volksschullehrer wieder auf. Danzig war gerade vom Deutschen Reich abgetrennt worden. Die Polen hätten sich die Hansestadt gerne einverleibt, doch Danzig wurde zur „Freien Stadt“ erklärt und stand unter der Verwaltung des Völkerbundes. Anfang der dreißiger Jahre bot Danzig in bezug auf politische Parteien, Organisationen und Grüppchen ein ähnliches Bild wie die Weimarer Republik. Ziel der neuen Verwaltung war es, für die zersplitterte Stadtbevölkerung einen Nationalpakt zu schließen. Mit praktischen Lösungen versuchte der Hohe Volkskommissar in der „Freien Stadt Danzig“ die Spannungen unter der Stadtbevölkerung mit ihren unterschiedlichen politischen und ideologischen Loyalitäten zu regeln. Als der Völkerbund im Jahre 1924 Polen die Errichtung eines Munitionslagers auf der strategisch wichtigen Danziger Westerplatte gestattete, kam es zu Unruhen. Als die vom Krieg ausgeblutete Stadt auch noch zur Übernahme eines Teils der Baukosten verpflichtet wurde, schlugen die Unruhen in gewalttätige Übergriffe um. Streiks, Hungerproteste und Demonstrationen von Erwerbslosen, Raub und Plünderungen sowie Zusammenstöße zwischen der Polizei und „proletarischen Hundertschaften“ sowie zwischen Kommunisten und Nazis waren die Folge.

7 Brief von Edgar Ferlau an Franz Müller vom 25.1.1948; BStU, MfS AV 10/71, Bd. 3A, Bl. 67.

8 Vgl. Brief von Hermann Czarnetzki an Anton Plenikowski vom 17.10.1951; BStU, MfS AV 10/71, Bd. 3A, Bl. 46–48.

9 Vgl. Brief von Anton Plenikowski an Erich Kistowski vom 18.5.1967; BStU, MfS AV 10/71, Bd. 3A, Bl. 227–228.

10 Vgl. Weber, Hermann/Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Berlin 2004.

Im Jahre 1927 forderte die Kommunistische Internationale in Moskau, die Mängel in der Organisation durch breite Heranziehung neuer Kader zu beseitigen. Anton Plenikowski verließ damals die SPD und machte als KPD-Mitglied im Danziger Volkstag rasch Karriere. Zur Wahl des Danziger Volkstages im Jahre 1930 traten etwa 17 Parteien an. Die NSDAP wurde mit 16,4 Prozent zweitstärkste Partei, hinter der „Weimarer Koalition“ mit rund 40 Prozent. Trotz punktueller Zusammenarbeit blieben die Gegensätze zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten unüberbrückbar. Im Oktober 1930 erkoren die Nationalsozialisten – entgegen den Versailler Vereinbarungen – den Führer des NSDAP-Bezirks Mittelfranken, Albert Forster, zum Gauleiter in Danzig. Danzig lag damals als „Freie Stadt“ außerhalb des Deutschen Reiches, und nur der Völkerbund war vertraglich berechtigt, administrative Entscheidungen zu treffen. Die KPD jedoch wollte hier, außerhalb des Reiches, den militärischen Aufstand gegen die nationalsozialistische Bewegung proben. Dementsprechend rief Anton Plenikowski auf einer Wahlkampfveranstaltung zum bewaffneten Kampf auf. Seit Januar 1931 kam es in der Stadt zu Schlägereien zwischen Kommunisten und NSDAP-Anhängern. Das Klima in Danzig wurde zusehends militanter. Anton Plenikowski gehörte zu jenen, die keinem Streit mit dem politischen Gegner auswichen. Er konnte gut austeilen, mußte aber auch einiges einstecken.<sup>11</sup> In einem gegen ihn angestregten Prozeß kam das Danziger Landgericht zu dem Ergebnis, er habe sich als beamteter Volksschullehrer „für eine Partei an leitender Stelle betätigt, die auf einen in absehbarer Zeit erwarteten Umsturz der Staatsverfassung hinarbeitet, die Beseitigung der geltenden Verfassung durch Gewalt erstrebt und in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Teile der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten aufreizt“.<sup>12</sup> 1933 wurde Plenikowski aus dem Schuldienst entlassen und war seitdem ohne Beschäftigung. Zunächst behielten die zwei KPD-Spitzen Otto Langnau und Anton Plenikowski nach der nationalsozialistischen Machtergreifung im Reich und nach dem KPD-Verbot in Danzig (1934) ihr Mandat. Sie schlossen sich mit den Sozialdemokraten in einem Einheitsausschuß zusammen, um gemeinsam auf die zunehmenden Überfälle auf ihre Parteimitglieder und -anhänger sowie auf die zahlreichen Verhaftungen von Arbeitern reagieren zu können. Daneben bereitete die KPD die illegale Arbeit im Untergrund vor.<sup>13</sup> Von den 450 000 Danzigern waren zu dieser Zeit mehr als 40 000 arbeitslos. Anton Plenikowski kümmerte sich nach seiner Entlassung aus dem Schuldienst ausschließlich um die Arbeit in der KPD. Auch die vom Erwerbslosenamt verordnete „Pflichtarbeit“ von täglich vier Stunden, bei der er, wie er selbst schrieb, „mit einer Tasche und einem Stock ausgerüstet die Parkanlagen und Straßen der Stadt durchstreifen und Papierabfälle auflesen“ sollte, nutzte er, um „ganz legal eine Menge Gespräche [zu] führen und [um gegen] den gegen uns oppositionelle Abgeordnete gerichteten Terror der Nazis in Realität [zu] demonstrieren“.<sup>14</sup>

Plenikowskis Nachlaß enthält neben den ausführlichen Briefwechseln auch handschriftliche Notizen und eigene Manuskripte über die Zeit in Danzig nach Hitlers Machtergreifung, über das Verbot der KPD, die Volkstagswahlen im April 1935 und die Ereignisse

11 „Rundschau“ Nr. 11: „Senatspräsident Greiser gibt das Signal für den Wahlterror: Die Führer der Kommunisten im Volkstag während der Rede niedergeschlagen“ vom 28.2.1935; BStU, MfS AV 10/71, Bd. 2, Bl. 230.

12 Landgerichtsdirektor Hartmann (Verwaltungsgericht Danzig, Disziplinarkammer): Urteil und Begründung in der Disziplinarsache gegen den Volksschullehrer Anton Plenikowski von 1933; BStU, MfS AV 10/71, Bd. 2, Bl. 199–208.

13 Plenikowski, Anton: „Danzig – Tor des Krieges“, ein Rückblick Plenikowskis auf die Lage und Ereignisse in Danzig zwischen 1933 bis 1939, o. D.; BStU, MfS AV 10/71, Bd. 3, Bl. 37–62.

14 Ebd., Bd. 3, hier Bl. 55.

in Danzig nach dem 1. September 1939.<sup>15</sup> Außerdem sind zu den Danziger Jahren nach dem Ende der Weimarer Republik auch Erlebnisberichte vieler seiner Mitstreiter erhalten geblieben.<sup>16</sup> Umfangreiche Überlieferungen betreffen die Anstrengungen der Kommunisten, das Verbot ihrer Partei auf dem Klageweg rückgängig zu machen. Nach den Volkstagswahlen von 1935, bei denen die „Liste Plenikowski“ zwei Abgeordnetensitze erlangte, unternahm die KPD den letzten Versuch, die nationalsozialistische Mehrheit zu verhindern. Anton Plenikowski forderte beim Obergericht Danzig die Wiederholung der Wahlen, bei denen die NSDAP ihre bereits im Mai 1933 erreichte absolute Mehrheit weiter ausgebaut hatte. Das KPD-Verbot habe „die Wahlfreiheit für die Staatsbürger kommunistischer Weltanschauung schwer behindert“ und den in der Verfassung verankerten „Grundsatz der Vereinigungsfreiheit verletzt“.<sup>17</sup> Anfang 1936 scheiterte die KPD vor dem Obergericht Danzig.

Eine Reihe von Briefen liefern ein ungefiltertes Bild der damaligen Ereignisse. Die im nachhinein behauptete herausragende Rolle der Kommunisten im Widerstand gegen den Nationalsozialismus rückt hier in ein anderes Licht.<sup>18</sup> Nach späteren Darstellungen Plenikowskis stand an der „Spitze“ der „Klassenfront des kämpfenden Proletariats“ nämlich stets die „KPD in Deutschland und Danzig, die KPP in Polen“. Vertreter anderer Oppositionsparteien kamen bei ihm lediglich als „übrige“ oder „antifaschistische“ Bündnispartner vor.<sup>19</sup> Interessanterweise unterscheiden sich die kommunistischen Quellen aus den dreißiger Jahren von den im Rückblick verfaßten Berichten recht deutlich: Die Aktenstücke aus den dreißiger Jahren lesen sich mitunter wie eine Gegendarstellung zur antifaschistischen Mythenbildung der SED. Als der Völkerbund 1937 den Schweizer Diplomaten Carl Jakob Burckhardt<sup>20</sup> als letzten Hohen Kommissar nach Danzig berief, befand sich Plenikowski bereits auf dem Weg in die Emigration. An dieser Stelle weisen die BStU-Überlieferungen Lücken auf. Im Bundesarchiv finden sich jedoch zahlreiche Quellen zur Emigrationszeit Plenikowskis.<sup>21</sup>

### *Plenikowski als Emigrant in Schweden*

Im Auftrag der KPD verließ Anton Plenikowski Danzig und reiste über Gdingen (Gdynia) und Kopenhagen nach Stockholm. Ende 1937 traf er zu einem kurzen Aufenthalt in Paris ein, wo er mit Walter Ulbricht, Franz Dahlem und Paul Merker zusammenkam, um über die Situation der deutschen Kommunisten in Danzig zu berichten. In den unter Pseudonym erschienenen Artikeln während der Emigration rechnete Plenikowski mit dem letzten Hohen Kommissar Burckhardt in Danzig ab.<sup>22</sup> Unter seiner Verwaltung

15 Vgl. Bericht des früheren Danzigers Wesener, Ewald: „Der erste Kriegstag in Danzig. Ein Tag faschistischer Kriegsverbrechen“ vom 16.3.1964; BStU, MfS AV 10/71, Bd. 2, Bl. 66–69.

16 Vgl. Schepanski, Albert: Die Entstehung des Freistaates Danzig; BStU, MfS AV 10/71, Bd. 2, Bl. 77–87.

17 Plenikowski, Anton: Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahlen zum Volkstag vom 12.5.1935; BStU, MfS AV 10/71, Bd. 2, Bl. 401–409.

18 So schildert etwa sein früherer Mitstreiter Johannes Kostack in einem Brief, wie der KPD-Vorsitzende von Danzig–Oliva 1934 Nazi wurde; vgl. hierzu Brief vom 6.4.1969; BStU, MfS AV 10/71, Bd. 15, Bl. 11–40.

19 Plenikowski: „Danzig – Tor des Krieges“, Bl. 50.

20 Vgl. Burckhardt, Carl Jakob: *Meine Danziger Mission 1937–1939*. München 1960.

21 Vgl. Kaderakte zu Anton Plenikowski im Bundesarchiv; SAPMO-BArch., DY 30, IV 2/11/v 1056.

22 Zum „Versagen“ des Hohen Kommissars in Danzig vgl. Blasius, Rainer: Die wahre Erfindung ist so wahr wie ein Traum. Der schweizerische Diplomat Carl Jacob Burckhardt als historische Quelle. Die Kontroverse um die Forschungsergebnisse Paul Stauffers. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 2.6.1999, S. 58.

hätten die Kommunisten im Danziger Landtag nur zwei Wahlmöglichkeiten gehabt: entweder zu emigrieren oder „sich gleichschalten“ zu lassen.

In Schweden arbeitete Plenikowski zunächst als Danziger „Emigrationsleiter“. In dieser Funktion kümmerte er sich um die soziale Betreuung der Emigranten. Das Klima unter den KPD-Emigranten war von gegenseitigem Mißtrauen geprägt. Oft gerieten einzelne Funktionäre und Parteileitung aneinander. Kompetenzstreitigkeiten und Intrigen waren an der Tagesordnung. Zwischen Anton Plenikowski und dem Leiter der Parteioorganisation Josef Wagner alias „Willi“ kam es zum Konflikt. Laut Plenikowskis eigener Darstellung wurde ihm unterstellt, er habe als Abgeordneter des Danziger Volkstages zu den Nationalsozialisten überlaufen wollen.<sup>23</sup> Plenikowski wurde im Frühjahr 1939 nach einem Parteiverfahren von seinen Funktionen entbunden und blieb monatelang politisch isoliert.<sup>24</sup> Nach einem Jahr im schwedischen Internierungslager in Smedsbo wurde er 1941 mit der Auflage entlassen, nicht nach Stockholm zurückzukehren. Er zog mit seiner Familie nach Uppsala, arbeitete als Wald- und Gartenarbeiter, Kaninchenwärter und zuletzt als statistischer Mitarbeiter an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Uppsala-Ultuna. Karl Mewis, damals Leiter der Parteigruppe in Uppsala, sorgte dafür, daß die Parteistrafe Plenikowskis gelöscht wurde. Als Mewis Ende 1945 nach Deutschland zurückbeordert wurde, führte Plenikowski dessen Arbeit in Uppsala für kurze Zeit fort.

#### *Anton Plenikowski als politischer Kader in der SBZ/DDR*

Nach seiner Rückkehr aus der Emigration im März 1946 band ihn die SED sehr schnell in die politische Arbeit zur Neuordnung des geteilten Deutschlands ein. Im Zentralsekretariat der SED übertrug Ulbricht ihm die Leitung der Abteilung Landespolitik und Inneres. Plenikowski hatte im Rahmen seines Aufgabenbereiches die „Einbürgerung der Umsiedler“ in den Ländern unter Kontrolle zu halten. Doch seine Haltung zum Zustrom der heimatlos gewordenen Deutschen war von Anfang an zwiespältig. Die SED befürchtete einerseits, daß sich mit der Massenaufnahme von Millionen nahezu mittelloser Menschen die wirtschaftlichen Probleme und sozialen Konflikte in der SBZ verschärfen würden und die Unzufriedenheit in der Stammbevölkerung wachsen könnte. Auf der anderen Seite galt es den Vertriebenen klarzumachen, daß sie ihre Ansprüche auf die alte Heimat aufgeben mußten.<sup>25</sup> Im Unterschied zur Masse der Flüchtlinge und Vertriebenen wurden die KPD-Remigranten, die als politische Kader in das neue System integriert werden sollten, bevorzugt behandelt.

Im Vorfeld der Wahlen zu den Land- und Kreistagen im Herbst 1946 rückte das Thema „Umsiedlung“ ins Blickfeld aller Parteien. In ihrer Wahlkampagne unternahm die SED große Anstrengungen, sich den Problemen der „Plenikowski-Umsiedler“ zuzuwenden. Auf den Wahlversammlungen brachten die Vertriebenen nicht nur ihre tagtäglichen Sorgen (schlechte Versorgung, miserable Wohnverhältnisse sowie Arbeitslosigkeit), sondern auch die grundsätzlichen Fragen der Oder-Neiße-Linie und der Rückkehr in die

23 Vgl. Hausmitteilung ZK der SED, Abt. Personalpolitik, Referat Untersuchung und Schiedsgerichte, „Betrifft. Illegale Parteileitung Danzig“ vom 1.8.1946; SAPMO-BArch., DY 30, IV 2/11/v 1056, S. 159–160.

24 Vgl. Scholz, Michael F.: Herbert Wehner in Schweden 1941–1946. München 1995, S. 191. Josef Wagner war eng mit Herbert Wehner verbunden und wurde später von der KPD/SED als englischer Agent und Verräter angegriffen.

25 Vgl. Schwartz, Michael: „Apparate“ und Kurswechsel. Zur institutionellen und personellen Dynamik von „Umsiedler“-Politik in der SBZ/DDR 1945–1953. In Hoffmann, Dierk/Schwartz, Michael (Hrsg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR. München 1999, S. 105–135.

Heimat zur Sprache. Die Haltung des Parteivorstandes zur Oder-Neiße-Linie war gespalten. Während eine Gruppe um die Parteivorsitzenden Grotewohl und Pieck kleinere Grenzkorrekturen noch für möglich hielt, hatten sich andere – allen voran Ulbricht – längst mit dem Verlust der Ostprovinzen abgefunden. Trotz dieser unterschiedlichen Standpunkte bestand im Sommer 1946 in der SED-Führung aber insoweit Übereinstimmung, daß die Grenzfrage bis zum Abschluß eines Friedensvertrages offengehalten werden sollte. In diesem Sinne wurde dann auch bei den Vertriebenen um Vertrauen und Wählerstimmen geworben.<sup>26</sup>

Im Jahre 1949 gehörte jeder vierte Bürger der SBZ zur Gruppe der Flüchtlinge und Vertriebenen. In einer eigenen Ausarbeitung beschrieb Plenikowski die Erfolge bei der „Einbürgerung der Umsiedler“ in der SBZ/DDR bis 1950.<sup>27</sup> Sie seien auf Länderebene vorrangig in den Bereichen der Verwaltung, der Post, der Reichsbahn und in den Schulen integriert worden. Die „90 551 Umsiedler-Neubauernstellen“ hätten dazu geführt, daß sie „als Neubauern wieder seßhaft“ würden. Als sich die angespannten Lebensverhältnisse in der Bevölkerung der SBZ durch die Auswirkungen des sehr harten Winters 1946/1947 noch mehr verschlechterten, verlangte die SMAD, die Vertriebenen so schnell wie möglich in die einheimische Bevölkerung zu integrieren. Mit einem Mal paßte das Wort „Umsiedler“ nicht mehr in die Zeit und sollte aus dem offiziellen Sprachgebrauch verschwinden. Die SED beabsichtigte, sämtliche Ämter und Behörden, die den Terminus „Umsiedler“ im Namen führten, aufzulösen.<sup>28</sup>

Plenikowski sollte den neuen Kurs in der „Umsiedlerpolitik“ nach außen hin erläutern. Er stellte auf einer vom Zentralsekretariat der SED anberaumten Tagung von Funktionären, die mit der Umsiedlerfrage befaßt waren, unverblümt klar, daß die bisherigen Umsiedlerausschüsse in der neuen Etappe der Umsiedlerpolitik keine Daseinsberechtigung mehr hätten und die endgültige Einbürgerung der Umsiedler nur behinderten. Anschließend ließ er jedoch verlautbaren, bei der anstehenden Veränderung gehe es nicht um die „Liquidierung des Apparates“, sondern nur „um eine Umstellung unserer Arbeitsmethoden“.<sup>29</sup> Einer internen SED-Vorlage zufolge sollten die Umsiedlerämter der Länder den Innenministerien unterstellt und schrittweise personell verkleinert werden. Schließlich sollten die in den Innenministerien einzurichtenden Abteilungen für Bevölkerungspolitik die Belange der Vertriebenen wahrnehmen. Nach der Liquidation der Umsiedlerbehörden durfte dann offiziell nicht mehr von „Umsiedlern“ gesprochen werden. Die Zeitschrift *Die neue Heimat* mußte ihr Erscheinen einstellen. Die Umsiedlerintegration wurde fortan nicht mehr als Ressortangelegenheit behandelt, sondern in die vorhandenen Länder- und Kommunalverwaltungen eingegliedert. Den Widerstand von Vertriebenen gegen den eingeschlagenen Kurswechsel in der Umsiedlerpolitik nahmen die Verantwortlichen im SED-Apparat zwar zur Kenntnis, jedoch war die Partei zu keinen Korrekturen bereit. Plenikowski selbst versicherte den Danzigern in seinem Schriftverkehr immer wieder seine persönliche Solidarität. So heißt es zum Beispiel in

26 Vgl. Wille, Manfred (Hrsg.): Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente, Bd. 19.3., Parteien, Organisationen, Institutionen und die „Umsiedler“ 1945–1953. Wiesbaden 2003, S. 7–23.

27 Plenikowski, Anton: „Die Einbürgerung der Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik. 5 Jahre Umsiedlerpolitik 1945–1950“; BStU, MfS AV 10/71, Bd. 5, Bl. 1–29.

28 Vgl. Schwartz, Michael F.: Vom Umsiedler zum Staatsbürger. Totalitäres und Subversives in der Sprachpolitik der SBZ/DDR. In: Hoffmann, Dierk/Krauss, Marita/Schwartz, Michael F. (Hrsg.): Vertriebene in Deutschland. München 2000, S. 135–166.

29 Rede Plenikowskis auf einer Zusammenkunft im Zentralsekretariat der SED vor den Landesmitarbeitern für Umsiedlerfragen, den Direktoren der Landesumsiedlerämter und den leitenden Mitarbeitern der Abteilung Umsiedler und Heimkehrer der Deutschen Verwaltung des Innern vom 3.12.1948. In: Wille (Hrsg.): Die Vertriebenen, S. 324 f.

einem Antwortbrief an Kurt Brüske im August 1949: „Lieber Kurt, [...] Dein Brief zeigt Deine ganze Bitterkeit, aber das ist bei Briefen dieser Art, die ich erhalte, keine Besonderheit.“<sup>30</sup> Gleichzeitig fühlte er sich aber auch verpflichtet, die ihm „von der Partei gestellten Aufträge“ zu erfüllen.<sup>31</sup> Das rigorose Vorgehen der DDR-Organen gegen Vertriebene, die sich der neuen Linie nicht fügen wollten, zeigte Wirkung und schüchterte ein. Sie hielten sich fortan mit Meinungsäußerungen zurück. Obgleich sie von nun an als erfolgreich eingliederte DDR-Bürger galten, lebten unter einem Teil der Vertriebenen die alten Sehnsüchte und Hoffnungen weiter.

Die Durchsetzung der SED-Politik im staatlichen Institutionensystem wurde seit Juni 1950 durch die ZK-Abteilung „Staatliche Verwaltung“ mit ihren Sektoren Staatsapparat, Kommunalpolitik, Justiz, Kirchen und Sekten sowie Kader angeleitet und kontrolliert. Anton Plenikowski führte dieses für die Diktaturdurchsetzung besonders wichtige ZK-Ressort bis 1954. Danach übernahm Klaus Sorgenicht die Führung der 1955 in „Abteilung Staatliche Organe“ und 1957 in „Abteilung Staats- und Rechtsfragen“ umbenannten ZK-Einrichtung, die zugleich als Verwaltungsapparat fungierte. Plenikowski war im Jahr 1952 sogar als neuer Innenminister im Gespräch, doch die SED-Führung entschied sich für Willi Stoph.<sup>32</sup> Für die praktische Verwaltungsausrichtung und -kontrolle war Plenikowski damals unersetzlich. Die unter seiner Führung organisierte „Festigung des Verwaltungsapparates“ war noch längst nicht überall abgeschlossen. Am weitesten fortgeschritten war man in Ost-Berlin, wo Plenikowski bei der Säuberung der Verwaltung im Hintergrund die Fäden gezogen hatte. Hier wurde der Magistrat 1949 zur „Sicherung und Festigung des Verwaltungsapparates“ angewiesen, sich von seinen Mitarbeitern aus den West-Sektoren weitgehend zu trennen. Im November 1949 waren 926 von ihnen bereits entlassen, es blieben noch 1 377. Der Beschluß galt übrigens selbst für die Feuerwehr. Die Verwaltungssäuberung wurde von einer eigens gebildeten Kommission unter Aufsicht Plenikowskis überwacht. Über den Verbleib von Fachärzten in den Krankenhäusern Ost-Berlins und bedeutenden Wissenschaftlern, die sich weigerten, in den Ostsektor umzuziehen, sollte „die Kommission – unter Anhörung der zuständigen Fachabteilungen des Magistrats und der zuständigen Abteilungen des Landesvorstandes – ebenfalls endgültig entscheiden.“ Das ZK-Sekretariat verpflichtete Plenikowski zur Eile: „Die gesamte Aktion muß bis zum 31.3.1950 zum Abschluß gebracht werden.“ Das künstlerische Personal sollte von den Regelungen ausgenommen werden. Im Sekretariatsbeschluß hieß es unter Punkt 1: „Es besteht Einmütigkeit darüber, daß in den politischen und wirtschaftlichen Organen in den Westsektoren wohnende Beschäftigte nicht tätig sein dürfen.“ Es sollte ihnen bis zum 31. Dezember 1949 gekündigt werden. Von diesen Säuberungsmaßnahmen waren in allen nachgeordneten Magistratsbereichen 2 097 Beschäftigte betroffen. 1 199 Personen wollte Plenikowskis Kommission aus fachlichen Gründen zunächst noch nicht kündigen.<sup>33</sup>

Die Abteilung Staatliche Verwaltung im ZK der SED war neben der Organisation der Regierungsarbeit auch für die Zusammensetzung der Mitarbeiterschaft in den Administrationen zuständig. Plenikowski betrachtete die Kaderarbeit und die Parteizugehörig-

30 Brief von Anton Plenikowski an Kurt Brüske vom 24.8.1949; BStU, MfS AV 10/71, Bd. 3A, Bl. 30.

31 Vgl. Antwortbrief von Anton Plenikowski an Herbert Frister vom 27.5.1970; BStU, MfS AV 10/71, Bd. 3A, Bl. 89–90.

32 „Biographische Presseauschnittsammlung“ beim ZK der SED: „Anton Plenikowski künftiger Innenminister der DDR?“ In: IME Berlin vom 22.9.1952; SAPMO-BArch., DX 3/479.

33 Vgl. Schmidt, Waldemar: Sekretariatsvorlage vom 18. November 1949, betr. Festigung des Verwaltungsapparates des Magistrats von Groß-Berlin. SAPMO-BArch., DY 30, IV 2/13/276. Schmidt kritisierte gegenüber Plenikowski die Zahl der noch nicht gekündigten 1 199 West-Berliner Verwaltungsmitarbeiter als noch zu hoch.

keit der Mitarbeiter als strategische Schlüsselgröße. In die Zuständigkeit der Abteilung Staatliche Verwaltung im ZK der SED fiel nach der Auflösung der sowjetischen Speziallager im Jahre 1950 übrigens auch die Kontrolle der Waldheimer Prozesse. Im Januar 1952 wandte Plenikowski sich direkt an die SED-Funktionäre, Mitarbeiter und Angestellten im Justizapparat. Er übte heftige Kritik an deren „ideologischen Schwächen“ und forderte zudem Richter und Staatsanwälte auf, gegen das „Versöhnertum“ im Umgang mit den „Feinden“ in ihren eigenen Reihen vorzugehen. „Schädlinge und Parasiten“, die den sozialistischen Aufbau gefährdeten, sollten die Gesetze in „ihrer vollen Härte“ treffen.<sup>34</sup>

Die von April bis Juni 1950 im Zuchthaus Waldheim abgewickelten Verfahren gegen etwa 3 400 Personen hat Falco Werkentin genauer untersucht. Mit den Waldheimer Scheinprozessen habe die SED-Justiz in den Augen der Sowjets ihre „Bewährungsprobe“ bestanden.<sup>35</sup> Die SED kam mit der Verurteilung der „faschistischen Verbrecher“ nach ihrer Eigeninterpretation den „im Potsdamer Abkommen festgelegten Verpflichtungen auf dem Gebiet der Entnazifizierung“ nach.<sup>36</sup> Tatsächlich erfolgten die Verurteilungen unter Mißachtung elementarer Regeln rechtsstaatlichen Verfahrens. Die Waldheimer Prozesse wurden von der Abteilung Staatliche Verwaltung dirigiert. Plenikowski hielt Ulbricht über die Vorbereitung der Schauprozesse auf dem neuesten Stand. Für eine öffentliche Präsentation gebe es keine „politischen Bedenken“, es handle sich schließlich um „Kriegs- und Naziverbrecher“, so Plenikowski. Die Richter waren nach politischer Zuverlässigkeit ausgewählt. Die Verteidiger, soweit sie überhaupt tätig werden durften, waren abkommandierte Staatsanwälte. Über den Vollzug von Todesstrafen traf man im Politbüro die endgültige Entscheidung. Den „Zwischenbericht über den gegenwärtigen Stand der Aburteilungen in Waldheim“ leitete Plenikowski Walter Ulbricht zu. Im Anschreiben hieß es: „Eine Frage möchte ich mit Dir noch klären, das ist die Frage der Vollstreckung der Todesstrafe.“<sup>37</sup> Wie die Frage geklärt wurde, ist bekannt. Es wurden 32 Todesurteile gefällt, von denen 24 zur Vollstreckung kamen, nur 14 Verurteilte erhielten Freiheitsstrafen unter fünf Jahren.<sup>38</sup>

Im Mai 1952 appellierte Anton Plenikowski in seiner Rede vor der DDR-Volkskammer abermals an die „Organe und Funktionäre des Staatsapparates“, bei der Umsetzung der „Gesetze und Verordnungen der Republik“ weniger zögerlich vorzugehen. Mit Blick auf das Ende der Waldheimer Prozesse sei doch die Absicht des „imperialistischen Gegners zur Organisierung immer neuer Verbrechen“ deutlich geworden. Dagegen habe man sich zwar gewehrt. Doch nun gelte es, weiterhin „höchste Wachsamkeit zu üben“, denn die Adenauer-Regierung bereite „den nächsten Schlag gegen das deutsche Volk vor“. An die Justizapparate erging die Weisung, „die Gesetze unseres Staates, die dem Schutz unseres Volkes dienen, mit aller Strenge zur Anwendung zu bringen“.<sup>39</sup> Der Volksauf-

34 Plenikowski, Anton: Die Aufgaben der Parteiorganisation in der Justiz. Rede auf der Parteiaktivtagung mit den 1. Sekretären der Parteiorganisationen der Justiz am 19. Januar 1952. Berlin 1952.

35 Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Berlin 1995, S. 39.

36 Paul Henschel (ZK der SED, Abteilung Staatliche Verwaltung, „Berater für die Kriegsverbrecherprozesse“): Hausmitteilung an Walter Ulbricht vom 19.6.1950; SAPMO-BArch., DY 30 IV 2/13/432, S. 60–65.

37 Plenikowski, Anton: Hausmitteilung an Walter Ulbricht vom 22.5.1950; SAPMO-BArch., DY 30 IV 2/13/432, S. 25.

38 Werkentin, Falco: Die Waldheimer Prozesse der Jahre 1950/52. In: Materialien der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland (hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. IV, Recht, Justiz und Polizei im SED-Staat). Baden-Baden 1995, S. 849.

39 Plenikowski, Anton: Rede auf der 21. Sitzung der Volkskammer der DDR zur „Aussprache zum

stand vom 17. Juni 1953 lieferte ihm die Belege für seine Thesen. Ein Protokoll der Politbüro-Sitzung vom 20. Juni 1953 zeigt, daß Plenikowski maßgeblich an der dritten Parteisäuberung und an der „Aburteilung der bei den Ausschreitungen Verhafteten“ beteiligt war.<sup>40</sup> In der ersten Prozeßwelle von Mitte Juni bis Mitte Oktober 1953 ergingen etwa 1 400 Urteile; zwei Todesurteile wurden in den Zentren des Aufstandes unmittelbar vollstreckt.<sup>41</sup> Danach war es Aufgabe der DDR-Justiz, unter den Festgenommenen zwischen Feinden und „bloß verführten Werkträgern“ zu unterscheiden. Die Anzahl der Festnahmen stieg bis zum 1. August 1953 auf etwa 13 000.<sup>42</sup>

Neben der sowjetischen Besatzungsmacht drängte auch das Politbüro auf eine umgehende Überprüfung und gegebenenfalls Aburteilung der Verhafteten, allerdings legte man Wert auf die Unterscheidung „zwischen den ehrlichen Arbeitern und den Provokateuren“.<sup>43</sup> Ein Operativstab meldete täglich an die ZK-Abteilung Staatliche Verwaltung den aktuellen Stand. Hilde Benjamin, die neue Justizministerin, stand in direktem Kontakt mit Anton Plenikowski und suchte um Entscheidungen des ZK-Apparates in den größeren Strafverfahren nach: „Am Freitag ist mit Urteilsverkündung am Sonnabend der erste Teil der Verbrecher von Gommern verhandelt worden, mit Höchststrafen von drei Jahren Zuchthaus. Wir haben das Urteil noch heute durch Kurier verlangt, um die uns zu milde erscheinenden Strafen zu überprüfen und gegebenenfalls für morgen Anweisungen zu geben.“<sup>44</sup> Die meisten Festgenommenen wurden nach wenigen Tagen ohne Anklage entlassen. Über die Verurteilung des DDR-Justizministers Max Fechner entschied eine Kommission des ZK der SED. In dieser Justizkommission saßen Anton Plenikowski, die Justizministerin Hilde Benjamin, Generalstaatsanwalt Ernst Melsheimer und Herbert Kern. Diese vier entschieden über den Schuldspruch und über die Zusammensetzung des Gerichts. Sie genehmigten die Anklageschrift und gaben das Urteil vor: acht Jahre Zuchthaus.

Im Jahre 1963 legte Plenikowski aus gesundheitlichen Gründen die Leitung des Büros des Ministerrates nieder, war aber weiterhin aktiv. Er blieb als Vorsitzender der Interparlamentarischen Gruppe Abgeordneter der DDR-Volkskammer, reiste in die befreundeten Ostblockstaaten zum Erfahrungsaustausch mit Parlamentariern, lud Vertreter der französischen Kommunisten zu „Friedensgesprächen“ in die DDR ein, führte eine Gruppe britischer Labour-Abgeordneter durch das historische Dresden und betätigte sich als Autor des *Neuen Deutschland*, bis er 1967 in Rente ging.<sup>45</sup> Seine Tochter trat in seine Fußstapfen. Sie wurde wie ihr Vater SED-Mitglied und arbeitete als Staatsanwältin bei der DDR-Generalstaatsanwaltschaft in Berlin. Die SED zeichnete Anton Plenikowski 1970 für seine Verdienste mit der Lenin-Medaille aus. Am 3. März 1971 verstarb der Kommunist aus Danzig an einem Herzleiden.

---

Gesetz über die Staatsanwaltschaft der DDR“, 23.5.1952; SAPMO-BArch., DA/1/1639, S. 230–233.

40 Vgl. Protokoll Nr. 37/53 der Sitzung des Politbüros des ZK am 20. Juni 1953; SAPMO-BArch., DY 30/J IV 2/2/291.

41 Vgl. Eisenfeld, Bernd/Kowalczyk, Ilko-Sascha/Neubert, Ehrhart: Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte. Bremen 2004, S. 39–40.

42 Vgl. Mitter, Armin/Wolle, Stefan: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. München 1993, S. 126.

43 Plenikowski, Anton: Rede auf einer SED-Mitgliederversammlung der Betriebsparteiorganisation im Ministerium für Justiz vom 17.7.1953; SAPMO-BArch., DY 30, IV 2/13/443, S. 79–96.

44 Benjamin, Hilde: Bericht an Anton Plenikowski vom 13.7.1953; zit. nach Werkentin: Politische Strafjustiz, S. 129.

45 Vgl. Akte zur Volkskammer der DDR 1963–1967. Zeitungs- und Protokollausschnitte von Abgeordneten der Volkskammer der 4. Wahlperiode; SAPMO-BArch., DA/1/6279.